

Ernst-Wilhelm Luthe

Bildungsrecht

Leitfaden für Ausbildung, Administration
und Management

W
DE
G
RECHT

De Gruyter Recht • Berlin 2003

UNIVERSITÄT ST. GALLEN
HOCHSCHULE FÜR WIRTSCHAFTS-
RECHTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN
BIBLIOTHEK

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis.	XIII
A. Struktureller Rahmen.	1
I. Bildungsbegriff	1
II. Bildung im Recht.	4
III. Strukturprinzipien des Bildungsrechts.	6
B. Bildungsverfassungsrecht	11
I. Einführung.	11
II. Schulische Bildung.	16
1. Recht auf Bildung.	17
2. Schutzverantwortung der Schule.	19
III. Berufliche Bildung.	32
1. Berufsfreiheit.	32
2. Berufslenkung.	34
IV. Förderung von Bildung und Ausbildung.	37
1. Recht auf Förderung.....	37
2. Anbieterrechte.	39
V. Kompetenzordnung.	42
C. Europäisches Bildungsrecht.	44
I. Verständnishilfen.	44
II. Rechtsgrundlagen.	47
1. Primärrecht.	47
III. Einzelprobleme.	53
1. Anerkennung von Befähigungsnachweisen.	53
2. Zugang zu Bildungseinrichtungen.	55
3. Das Subsidiaritätsprinzip.	58
4. EU-Charta der Grundrechte.	60
IV. Sonstiges Bildungsrecht auf internationaler und europäischer Ebene.	63
D. Verwaltungsrechtliche Grundlagen	65
I. Zur Bedeutung des Allgemeinen Verwaltungsrechts für die bildungsrechtliche Praxis.	65

II. Rechtsquellen des Bildungsrechts.	66
III. Das Verwaltungsverfahren.	71
IV. Handlungsformen der Verwaltung.	73
1. Der Verwaltungsakt.	73
2. Gebundene Akte und Ermessensakte.	76
3. Bindungen des Ermessens.	78
4. Sonstiges zum Verwaltungsakt.	81
V. Rechtsschutz.	81
1. Subjektiv-öffentliches Recht.	81
2. Widerspruchsverfahren.	82
3. Kosten des Widerspruchs-und Klageverfahrens.	83
4. Klageverfahren.	84
E. Prüfungsrecht.	87
I. Die Kompetenzordnung.	87
II. Das Prüfungsverfahren.	90
1. Allgemeine Verfahrensgrundsätze.	90
2. Die Zulassung zur Prüfung.	91
3. Der Informationsanspruch des Prüflings (insbesondere Begründung und Anspruch auf Überdenken).....	92
4. Täuschungsversuche.	95
5. Der Prüfungsausschuß.	95
6. Die Unabhängigkeit und fachliche Qualifikation des Prüfers	96
7. Erkrankung des Prüflings.	97
8. Die Bestimmung der Prüfungsinhalte.	98
9. Der äußere Prüfungsablauf.	99
10. Verfahrensregeln der Leistungsbeurteilung.	100
11. Die Protokollierung der Prüfung und sonstige Vorkehrungen zur Beweissicherung	103
12. Wiederholung und Neubewertung.	104
13. Mitwirkungspflichten des Prüflings.	106
III. Die Erheblichkeit von Verfahrensfehlern.	106
IV. Die inhaltliche Bewertung.	109
1. Der Beurteilungsspielraum des Prüfers.	109
2. Die Prüfungsziele.	111
3. Gewichtungsfehler.	112
4. Fehler bei der Sachverhaltsaufklärung	113
5. Die Einbeziehung falscher tatsächlicher oder rechtlicher Gesichtspunkte.	114
6. Sachfremde Erwägungen.	114
7. Bewertungsgleichheit	115
8. Verstoß gegen allgemeine Bewertungsregeln und Denkgesetze	116
V. Die staatliche Aufsicht über das Prüfungswesen.	117
VI. Besonderheiten des Rechtsschutzes.	118

F. Schulrecht	.122
I. Allgemeines	.123
II. Die Organisation des Schulwesens	.127
1. Grundlagen	.127
2. Schul Verwaltung und Schul trägerschaft	.128
3. Belange der Eltern und Schüler	.131
4. Schulaufsicht und Schule	.134
5. Privatschulen	.138
III. Unterrichtsinhalte	.141
IV. Rechtsstellung von Schülern und Eltern	.144
1. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Schülers	.145
2. Die Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit des Schülers	.148
3. Ordnungsmaßnahmen	.150
4. Schülermitwirkung	.153
5. Datenschutz	.153
6. Versetzungen	.155
7. Individuelles Elternrecht	.157
8. Kollektives Elternrecht	.159
V. Rechtsstellung der Lehrer	.161
1. Beamtenrecht und Schulrecht	.161
2. Begründung und Beendigung des Beamtenverhältnisses	.163
3. Rechte des Lehrers	.166
4. Die pädagogische Freiheit des Lehrers	.170
5. Pflichten des Lehrers	.172
6. Besondere Lehrerpflichten: Unterricht, Aufsicht, Arbeitszeit	.174
7. Disziplinarmaßnahmen	.175
8. Der Lehrer als Angestellter	.176
G. Berufsbildungsrecht	.178
I. Allgemeine Trends	.178
II. Begriff der Berufsbildung	.183
III. Die Berufsbildungsstätten	.185
1. Begriff und Eignung der betrieblichen Ausbildungsstätten	.186
2. Schulische Ausbildungsstätten	.187
3. Sonstige Berufsbildungseinrichtungen/Fernunterricht	.188
IV. Gesetzliche Grundlagen der Berufsausbildung	.188
1. Berufsbildungsgesetz	.188
2. Handwerksordnung	.190
3. Berufsbildungsförderungsgesetz	.190
4. Ausbildungsordnungen	.191
5. Autonomes Satzungsrecht	.193
6. Tarifvertragsrecht	.193
V. Die zuständigen Stellen	.193

VI. Das Berufsausbildungsverhältnis	195
1. Anerkennung des Ausbildungsberufs/Ausschließlichkeits- grundsatz	195
2. Ausbildungsvertrag	196
3. Eignung des Ausbildenden.	198
4. Pflichten des Ausbildenden.	201
5. Pflichten des Auszubildenden.	203
6. Ausbildungs- und Arbeitszeit	205
7. Vergütung.	208
8. Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses.	209
9. Weiterarbeit nach Beendigung.	212
10. Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte.	212
11. Fortbildung und Umschulung.	213
VII. Prüfungswesen.	218
VIII. Berufsausbildungsvorbereitung.	221
H. Arbeitsförderungsrecht	222
I. Allgemeine Anwendungsvoraussetzungen.	222
II. Inanspruchnahme von Privatanbietern.	225
1. „Freie Maßnahmen“.	226
2. Auftragsmaßnahmen.	227
III. Maßnahmen der Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen	229
IV. Förderung der Berufsausbildung.	232
1. Berufliche Ausbildung	233
2. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen.	234
3. Berufsausbildungsbeihilfe.	238
4. Benachteiligtenförderung	242
V. Förderung der beruflichen Weiterbildung.	249
1. Förderungsvoraussetzungen.	250
2. Rechtsqualität der Zulassung.	253
3. Anforderungen an Träger.	256
4. Anforderungen an Maßnahmen.	257
5. Der Zusammenhang zwischen individueller Förderung und Zulassung	263
6. Kontrolle.	264
7. Leistungen an den Teilnehmer.	266
8. Nationale und europäische Subventionen.	270
VI. Job-Rotation.	271
VII. Qualifizierung bei Personalabbau.	273
1. Struktur-Kurzarbeitergeld.	275
2. Sozialplanmaßnahmen.	277
VIII. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.	278
IX. Personal-Service-Agentur.	279
X. Zur Wirksamkeit von Qualifizierungsmaßnahmen.	280

I. Berufliche Rehabilitation	283
I. Zweck und Aufbau des Rehabilitationsrechts.	283
II. Zuständigkeiten	285
1. Vorbemerkungen	285
2. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.	286
3. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation.	289
4. Ergänzende Leistungen.	291
5. Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.	292
6. Exkurs: Leistungen zur Pflege.	293
7. Zuständigkeitsklärung und Vorleistungspflicht	295
8. Koordination.	296
9. Gemeinsame Service-Stellen/Integrationsfachdienste/Rehabilitationseinrichtungen.	298
III. Allgemeine Grundlagen des Rehabilitationswesens.	301
1. Mitwirkungspflichten des Leistungsberechtigten.	301
2. Leistungsgrundsätze.	302
IV. Die berufliche Rehabilitation im Besonderen.	306
1. SGBIX.	306
2. SGBVI.	315
3. SGBVII.	318
4. SGBVIII.	319
5. SGBIII.	323
6. Kriegssopferfürsorge.	330
7. BSHG.	331
V. Besondere Rehabilitationseinrichtungen.	335
1. Einrichtungen der medizinisch-beruflichen Rehabilitation	336
2. Werkstätten für behinderte Menschen.	336
3. Berufsbildungswerke.	338
4. Berufsförderungswerke.	340
 J. Kinder-und Jugendhilferecht	342
I. Allgemeine Grundlagen.	342
II. Jugendhilfe als Bildungsaufgabe.	345
1. Jugendarbeit	346
2. Jugendsozialarbeit	348
3. Erzieherischer Kinder-und Jugendschutz.	350
III. Hilfe zur Erziehung	350
IV. Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen.	352
V. Kooperationspflichten.	353
 K. Sozialhilferecht	355
I. Allgemeine Grundlagen.	355
II. Einmalige Leistungen von bildungsrechtlicher Relevanz.	358

III. Hilfe zur Arbeit	359
IV. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	362
V. Altenhilfe	363
L. Ausbildungsförderungsrecht	365
I. Allgemeines	365
II. Bundesausbildungsförderungsgesetz	366
1. Anspruchs Voraussetzungen.....	366
2. Leistungen	370
III. Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	373
M. Recht der Erwachsenenbildung	376
I. Allgemeine Grundlagen	376
II. Erwachsenenbildung	379
III. Jugendbildung	382
IV. Bildungsurlaub	383
Sachregister	387